



INHALT: Seite 1: Nach der Wahl ist ... • Seite 2: Boris Palmers Analyse zur Bundestagswahl • Seite 4: Bundestagswahl aus Landesperspektive • Seite 5: die neuen Bundestagsabgeordneten • Seite 6: Das Herbstprogramm der Landesregierung • Seite 7: Der neue Bundesverkehrswegeplan • Seite 7: Staatsverträge mit muslimischen Verbänden • Seite 8: Splitter •

Liebe Freundinnen und Freunde,

Unser Kreisverband hatte am Wahlabend immerhin noch etwas zu feiern, bei vielen anderen hat es nicht geklappt. Aber wir freuen uns, dass Chris Kühn nach seiner erfolgreichen Zeit als Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg den Sprung in den Bundestag geschafft hat. Ich wünsche Chris viel Erfolg für seine Tätigkeit im Bundestag. Herzlichen Dank haben sich aber auch das Wahlkampfteam im Büro und die vielen Helferinnen und Helfer verdient: Viele Grüße an Euch!

Daniel Lede Abal



Nach der Wahl ist... ...Klärung angesagt

Die Bundestagswahl war eine krachende Niederlage. Sie war nicht die erste und sie wird auch nicht die letzte bleiben.

Es ist aber wichtig aus den Fehlern zu lernen, vor allem auch mit Blick auf die Kommunal- und Europawahlen im kommenden Jahr.

Es ist daher wichtig, dass wir uns sowohl auf Bundesebene wie auch auf Landesebene sehr genau Gedanken machen, wie wir als grüne unsere politische Arbeit fortsetzen. Dazu gehört auch, dass wir als Partei entscheiden, wer welche Aufgaben übernimmt. Die Bundestagsfraktion hat das bereits entschieden – weitere personelle und inhaltliche Entscheidungen werden wir in kurzer Folge auf einer Bundesdelegiertenkonferenz im Oktober in Berlin und einer Landesdelegiertenkonferenz in Esslingen im November beschließen. Aber die notwendige Debatte darf nicht in eine endlose Nabelschau und Selbstbeschäftigung ausarten.

Kleine Bemerkung am Rande: Der neue Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Toni Hofreiter, ist der Wahlkreisabgeordnete unserer ehemaligen kommunalpolitischen Geschäftsführerin (Gemeinderat) Christine Reusch, die vor einigen Jahren von Tübingen vor die Tore Münchens gezogen ist. Sie hat damals schon sehr positiv von ihm berichtet; als grüner Obmann im Verkehrsausschuss des Bundestages hat er eng mit dem Ausschussvorsitzenden Winne Herrmann zusammengearbeitet.

Ich wünsche Karin Göring-Eckardt und Toni Hofreiter als neu gewählter Fraktionsspitze im Bundestag eine erfolgreiche und breit unterstützte Arbeit.

Boris Palmers Analyse zur Bundestagswahl

(Dieser Artikel ist bereits am Tag nach der Wahl auf [Spiegel Online](#) erschienen)

Reden wir das Ergebnis nicht schön: Gut acht Prozent sind ein tiefer Absturz für uns Grüne. Wir waren vom Zeitgeist begünstigt, haben 14 Landtagswahlen in Serie gewonnen, sind an sechs Landesregierungen beteiligt und stellen einen Ministerpräsidenten. Und Winfried Kretschmanns Wahl zum ersten grünen Regierungschef war nicht der Fallout von Fukushima, sondern der Lohn jahrzehntelanger bodenständiger Arbeit, die ein Ausgreifen in die wertorientierte Mitte ermöglicht hat. Die Grünen in Baden-Württemberg standen schon ein halbes Jahr vor der Reaktorkatastrophe in Umfragen bei über 25 Prozent. Der GAU in Japan hat nur den letzten Ausschlag gegeben.

Auch bundesweit lagen wir im Jahr 2011 über 20 Prozent. Uns Grünen bot sich damit die Chance zu einer "neuen Volkspartei" heranzuwachsen. Perdu. Die Befürworter dieses Weges haben es nicht vermocht, der Parteimehrheit die Sorge zu nehmen, eine Öffnung in die Mitte bedeute programmatische Verflachung auf Kosten der eigenen Überzeugung. Unsere Aufgabe wäre es gewesen, das durch die Finanzkrise in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitete Unbehagen an wachsender sozialer Ungerechtigkeit aufzugreifen und dafür eine eigenständige grüne Antwort zu formulieren.

Herausgekommen ist stattdessen ein Programm für linke Sozialdemokraten:

- In der Arbeitsmarktpolitik wollten wir so weit hinter Hartz IV zurück, dass Sigmar Gabriel trocken kommentierte: "Mit der SPD nicht zu machen."
- Die Abgeltungssteuer wollte die SPD maßvoll auf 32 Prozent erhöhen, für uns Grüne waren nur 49 Prozent plus Soli genug.
- Das Ehegattensplitting wollten wir für alle abschaffen, die SPD konterte, das sei Vertrauensbruch und könne nur für künftige Lebensgemeinschaften gelten.

Die neue Ehrlichkeit kam zunächst gut an

Für den weiteren Weg meiner Partei ist entscheidend, wie sie den Einfluss dieses Linkskurses und besonders der Steuerbeschlüsse auf das Wahlergebnis bewertet. Unsere Wahlkampflinie war es, auf eine Umfrage zu verweisen, wonach 80 Prozent der Wählerschaft Steuererhöhungen befürworteten. Richtig ist auch, dass die Umfragewerte nach den Steuerbeschlüssen noch zwei Monate stabil blieben. Und doch spricht viel dafür, dass die Niederlage hier ihren Anfang nahm.

Zunächst kam die neue Ehrlichkeit ganz gut an, aber dann begannen viele Wählerinnen und Wähler nachzurechnen, wer die höheren Steuern zahlen soll und stellten fest: Die meinen ja mich! Wir hatten nicht nur ein "Kommunikationsproblem" zu verdeutlichen, dass lediglich zehn Prozent der obersten Einkommen zur Kasse gebeten würden. Die Summe aller Belastungen, von der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung über das Abschmelzen des Ehegattensplittings bis hin zur faktischen Abschaffung der Minijobs bedeutete für weitaus größere Schichten der Gesellschaft Einkommensverluste.

Noch gravierender scheint mir aber der Verlust jeglicher Kompetenzzuschreibung in Wirtschaftsfragen. Der Wahlspruch "Keine Experimente" brachte Konrad Adenauer die absolute Mehrheit, und Angela Merkels Erfolg hat im Kern dieselbe Erklärung. Während in ganz Europa fünf Jahre Krise herrschen, geht es Deutschland wirtschaftlich blendend. Doch fragen wir alle uns, wie lange das gutgehen kann. In Zeiten solcher Unsicherheit sind drastische Steuererhöhungen ein gewagtes Experiment.

Festlegung auf Rot-Grün führte zu Demobilisierung

Noch vor vier Jahren haben wir im Wahlkampf mit dem "Green New Deal" eine ökologische Transformation der Wirtschaft als Reaktion auf den GAU der Finanzindustrie an der Wallstreet propagiert. Das sollte der Wirtschaft viel abverlangen, stellte aber einen Wandel in Partnerschaft in Aussicht und enthielt ein Wohlstandsversprechen.

Im Wahlkampf 2013 haben wir dem Mittelstand versprochen, seine Steuerlast um nicht mehr als 35 Prozent des Gewinns zu steigern. Dem DIHK haben wir eine "verlogene Kampagne am Rande der strafrechtlichen Untreue" vorgeworfen. Der resultierende Gegenwind aus der Wirtschaft hat mit der Zeit gerade die progressive bürgerliche Mitte verunsichert. Mehr soziale Gerechtigkeit: Ja bitte! Aber auf Kosten der Wohlstandsentwicklung? Das nun nicht.

In der heißen Phase des Wahlkampfes machten uns Folgewirkungen der Steuerdebatte zu schaffen.

Erstens konnten wir ökologische Themen und besonders die Energiewende nicht ausspielen, weil in nahezu jedem Interview die Frage im Vordergrund stand, ob die Steuerbeschlüsse ein Fehler gewesen sind.

Zweitens führte die mit den Steuerbeschlüssen verbundene Festlegung auf Rot-Grün zu einer starken Demobilisierung, als die Bayern-Wahl endgültig klar machte, dass dieses Wunschbündnis keine Mehrheit bekommen wird. All das, wofür man Grün wirklich wählen wollte, hatte keine Realisierungsperspektive. Eine Stimme für die SPD versprach da zumindest noch eine Stärkung eigener Anliegen in der großen Koalition.

Und drittens war die ausgeprägte Staatsorientierung und Regulierungsfreude die Folie, auf der die Saat der Veggie-Day-Kampagne der "Bild"-Zeitung aufgehen konnte. Diese war zwar perfide, weil ein Fleischverbot nie im grünen Programm stand. Sie war aber erfolgreich, weil man uns Grünen das zutraute. Die Verteidigungsstrategie, die gravierenden Nachteile der Massentierhaltung hervorzuheben, verstärkte das Problem noch. Glaubwürdige Rekurse auf freiheitliche und libertäre Denkschulen in der Partei zur Entkräftung des Verdachts hat niemand versucht.

Und wer ist nun schuld?

Wir alle. Wir waren erfolgreich, wenn wir mit beiden Flügeln in den Wahlkampf gezogen sind. In dieser Bundestagswahl sind wir mit einem völlig erlahmten realpolitischen Flügel abgeschmiert. Die Parteilinke verweist sogar zu Recht darauf, dass die realpolitisch dominierte Konferenz der grünen Vorsitzenden der Landtagsfraktionen das Steuererhöhungskonzept akzeptiert hatte, bevor es Programm wurde.

Die richtigen Lektionen aus dieser Wahl zu lernen, wird für uns Grüne sehr schwierig. Die Gefahr gegenseitiger Schuldzuweisungen und der Selbstzerfleischung ist genauso groß wie die Fokussierung auf Personen. Wir sollten es uns nicht zu einfach machen und der Pädophilie-Debatte um unseren Spitzenkandidaten das Ergebnis zuschreiben.

Was wir bräuchten wäre eine programmatische Grundsatzdiskussion, die sich der spannenden Frage stellt, wie eine mehrheitlich links gewirkte Parteitagsbasis ihre Ziele gemeinsam mit einer potentiellen Wählerschaft in der bürgerlichen Mitte erreichen kann. Die Alternative kennen wir seit gestern: die schwarze Republik.

Bundestagswahl – Eine landespolitische Betrachtung

Gedanken und Fakten aus meiner Sicht

Mit Zahlen gewinnen wir keinen Wahlkampf

Wenn es eine Lehre gibt aus dieser Bundestagswahl, dann folgende: Mit Zahlen, Prozenten und Steuersätzen werden die Grünen keine Wahlen gewinnen. Grüne Wählerinnen und Wähler werden von anderen Themen angesprochen und über diese Themen haben wir in diesem Wahlkampf nicht gesprochen. Vielmehr haben die Menschen darauf gewartet, dass wir über Ökologie, Klimaschutzpolitik, Natur- und Umweltschutz, die Energiewende vielleicht sogar über die Öko-Steuer sprechen – stattdessen haben wir mit der Steuerdebatte unsere eigentlichen Themen blockiert. Unsere ökologischen Themen, aber auch unsere gesellschaftspolitischen Themen haben wir in diesem Wahlkampf vernachlässigt, sie kamen nicht bei den Menschen an – obwohl wir unsere Steuerpläne eigentlich an unseren politischen Inhalten ausgerichtet haben. IN nackten Zahlen heißt das: Bei der Bundestagswahl 2013 haben uns in Baden-Württemberg 620.000 Menschen gewählt, bei der Landtagswahl 2011 waren es dagegen 1,2 Mio. Menschen – obwohl die Wahlbeteiligung 2013 deutlich höher war.

Keine Chance auf den Wechsel?

Es gab auch andere Fehler und Versäumnisse in diesem Wahlkampf. Dass wir eine Regierung, die vier Jahre lang nicht funktionsfähig war, im Wahlkampf nicht unter Druck setzen konnten oder dass es uns nicht gelungen ist, eigene Themen zu besetzen. Dass unsere Bundespartei trotz der monatelangen Angriffe nie eine wirkungsvolle Reaktion anbieten konnte. Oder dass wir vielleicht mit der Pannen-Serie von Peer Steinbrück vom Start weg nie eine wirkliche Chance auf einen Wechsel hatten.

Sprechen wir von den Dingen so, dass die Menschen unsere Botschaft verstehen?

Es gab aber auch Versäumnisse auf Landesebene, hier in Baden-Württemberg, die wir nicht einfach auf Berlin schieben sollten.

Auch wir haben uns als Landesregierung angewöhnt, nur noch über Zahlen, Einsparungen und Einsparkorridore zu sprechen. Politische Botschaften haben wir in den Monaten vor der Bundestagswahl im Land nur sehr selten setzen können: Wir haben selbst ständig über Schulden und die Schuldenbremse gesprochen – obwohl diese Landesregierung bis heute noch keinen Cent Schulden gemacht hat! So müssen wir uns fragen, ob das, was wir als unsere Leistungen und Erfolge herausstreichen, auch von den Menschen so wahrgenommen wird?

LehrerInnenstellen

Als grünrote Landesregierung haben wir bis Ende des vergangenen Schuljahres keine Lehrerstellen eingespart, sondern Lehrerstellen erhalten, die CDU und FDP bereits gestrichen hatten – was aber in der Öffentlichkeit auch aus unserem eigenen Verschulden haften bleibt, sind 11600 Lehrerstellen, die in den kommenden Jahren wegfallen werden – weil die Schülerzahlen massiv einbrechen.

Aber was bei Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen und der sonstigen interessierten Öffentlichkeit als Botschaft ankommt, sind wüste Streichorgien, die es in der Form nie gegeben hat.

Schulen: Entlastungskontingente und Verfügungsstunden

Wir im Sommer erlebt, wie sich die LehrerInnenschaft massiv gegen die Kürzung von Entlastungs- und Verfügungsstunden gewehrt hat, die für besondere Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte angerechnet

werden, dazu gehört auch die Altersermäßigung bei der Wochenstundenzahl. Diese Kürzungen haben die Grundversorgung tatsächlich verbessert: Aber wir müssen uns fragen, was wahrgenommen wird: die Verbesserung der Grundversorgung oder die Proteste der LehrerInnen und haben wir dadurch etwas gewonnen?

Unser Versprechen: Transparenz und Beteiligung

Der Auftrag der Landtagswahl an uns Grüne in Baden-Württemberg lautet: Demokratische Erneuerung, Transparenz, Kontrolle und Beteiligung. Das haben wir nicht immer durchgehalten: Das Wissenschaftsministerium hat einige vorbildliche Beteiligungsprozesse für Gesetzesentwürfe organisiert, zum Beispiel beim Gesetz zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft oder auch bei der Vorbereitung der Novelle des Landeshochschulgesetzes. Bei der Neuordnung der Musikhochschullandschaft ist dies nicht gelungen, es ist sogar in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, es hätte Geheimrunden und geheime Beschlüsse gegeben. Das hat uns massiv geschadet und wir werden jetzt versuchen, im Rahmen einer Anhörung und sich daraus entwickelnder Debatten einen neuen Entwurf zu erarbeiten.

Auch in Baden-Württemberg besser werden

Wir müssen anerkennen, dass wir manche unserer Wähler aus dem Jahr 2011 bislang noch nicht zufriedengestellt haben: Das ist als Regierungspartei nicht ungewöhnlich, manchmal auch unvermeidlich. Wir sind 2011 von einer starken Proteststimmung gegen Stuttgart 21 getragen worden – bis in die Regierung. Wenn wir das bei der nächsten Landtagswahl wiederholen wollen, müssen wir auch in Baden-Württemberg und auch mehr noch als bisher überlegen, wie wir an soziale Gruppen im Land im politischen Sinn anknüpfen können. Auch wir hier müssen besser werden.

Die neuen Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg

Überblick mit Wahlkreis und Kontakt:

01 - Kerstin Andreae	Freiburg	www.kerstin-andreae.de
02 - Cem Özdemir	Stuttgart	www.oezdemir.de
03 - Sylvia Kotting-Uhl	Karlsruhe	www.kotting-uhl.de
04 - Gerhard Schick	Mannheim	www.gerhardschick.net
05 - Agnieszka Brugger	Ravensburg	www.agnieszka-brugger.de
06 - Chris Kühn	Tübingen	www.chriskuehn.de
07 - Beate Müller-Gemmeke	Reutlingen	www.mueller-gemmeke.de
08 - Harald Ebner	Schwäbisch Hall-Hohenlohe	www.harald-ebner.de
09 - Franziska Brantner	Heidelberg	www.franziska-brantner.eu
10 - Matthias Gastel	Nürtingen	www.matthias-gastel.de

Das Herbstprogramm der Landesregierung in Parlament und Ministerien

Ganz aktuell ist die Landesregierung mit der Entwicklung vieler Gesetzesvorhaben befasst

Diese kommen noch im Oktober in das parlamentarische Verfahren, damit sie unter Berücksichtigung aller Fristen zum Jahresbeginn 2014 in Kraft treten können. Dazu gehören zentrale Projekte wie die Errichtung des ersten Nationalparks in Baden-Württemberg oder elementare Bausteine der Energiewende wie der neue Entwurf des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes. Wir haben natürlich auch sozial und gesellschaftlich wichtige Projekte wie die Verbesserung der Lebenssituation und Unterbringung von Flüchtlingen oder den neuen Planungsleitfaden, der Beteiligung und Transparenz ermöglichen soll und dafür wichtige Handreichungen bietet. Und wir haben noch zwei wichtige Projekte aus dem Bereich der Wissenschaft: Die Novelle des Landeshochschulgesetzes, das die Universitätsstrukturen zielgenau modernisiert, und eine Neuregelung für DoktorandInnen, die Qualitätsstandards sichern soll, aber auch die sozialrechtliche, berufsrechtliche und berufliche Situation von jungen WissenschaftlerInnen absichern soll.

Viel Vorarbeit ist auch im Bereich des Landespersonalvertretungsgesetzes geleistet worden, dass schon bei der bald anstehenden Neuwahl der Personalvertretungen und der sich anschließenden Amtszeit gültig haben soll.

Gesetzentwurf Nationalpark Nordschwarzwald

Gesetzentwurf Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz BW zur Anerkennung im Ausland erworbener beruflicher Qualifikationen

Gesetzentwurf Flüchtlingsaufnahmegesetz

Gesetzentwurf Landeshochschulgesetz

Gesetzentwurf Erneuerbare Wärme Gesetz

Gesetzentwurf Landespersonalvertretungsgesetz

Planungsleitfaden

Novelle Landesbauordnung

Qualität von Doktorarbeiten

Regionale Schulentwicklung

Mehr Informationen zu den einzelnen Gesetzesvorhaben und die Möglichkeit für **Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Wahlrecht** auf die Vorhaben der Landesregierung Einfluss zu nehmen, gibt es auf der Seite des Beteiligungsportal der Landesregierung
<http://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

Der neue Bundesverkehrswegeplan mit B27 und B 28n

Für den neuen Bundesverkehrswegeplan hat die Landesregierung auch den Ausbau der B 27 beim Bundesverkehrsministerium angemeldet:

Das betrifft zum einen den Schindhaubasistunnel, der die B 27 in Teilen unter die Erde legen würde und die Verkehrsbelastung im Tübinger Süden deutlich reduzieren würde. Darüber hinaus geht es um den Abschnitt zwischen Nehren und Bodelshausen, der noch nicht ganz fertiggeplant ist, aber wegen des hohen Verkehrsaufkommens ebenfalls gute Realisierungschancen hat. Im weiteren Verlauf der B 27 wurde auch das Teilstück Balingen-Süd bis nach Dotternhausen, auch bekannt als Ortsumfahrung Endingen-Erzingen, in die Vorschlagsliste aufgenommen.

Ebenfalls berücksichtigt wurde der Ausbau der B 28n zwischen Tübingen und Rottenburg. Allerdings bestehen wir darauf, dass auch für Kiebingen noch eine entlastende und verträgliche Lösung gefunden werden muss.

<http://ledeabal.de/wahlkreis/tuebingen/land-baden-wuerttemberg-meldet-schindhaubasistunnel-zum-ausbau-an>

<http://ledeabal.de/aktuelles/land-baden-wuerttemberg-meldet-b-27-zwischen-balingen-sued-und-dotternhausen-sowie-ortsumfahrung-schoemberg-zum-ausbau-an>

Staatsverträge mit muslimischen Verbänden

Ein Bericht von Franziska Wekel, Praktikantin im Büro Stuttgart

Die Stadtstaaten Hamburg und Bremen, sowie auch das Bundesland Niedersachsen haben mit ihren muslimischen Landesverbänden in diesem Jahr offizielle Verträge/Vereinbarungen geschlossen, für ein besseres, engeres und partnerschaftliches Miteinander in der Gesellschaft.

Hamburg und Bremen ging es in ihren Verträgen besonders darum zu zeigen, dass man die islamische Kultur und Religion respektiert und in Deutschland willkommen heißt.

Im Mittelpunkt steht die Freiheit der Religionsausübung, dazu gehören auch der Bau von Moscheen, eine Bestattung nach den eigenen Regeln, sowie die Ausweitung eines islamischen Religionsunterrichts in der Schule.

Eine wichtiger Punkt ist die Anerkennung der drei großen islamischen Feiertage: Das Opferfest, das Ramadanfest und Aschura (Frühlingsfest), denn dadurch ist es, den in Deutschland lebenden Muslimen, gestattet an den entsprechenden Daten Urlaub zuzunehmen und Schüler müssen nicht am Unterricht teilnehmen. Eine solche Regelung hatte bis dato im Gesetz nicht existiert.

Gleichzeitig bekennen sich beide Vertragsparteien zu den Werten und Normen der deutschen Gesellschaft, also den Grundrechten und auch zu der Gleichstellung von Mann und Frau. Zudem wurden Klauseln vereinbart nach denen diplomatische Regelungen getroffen wurden, im Fall von

Meinungsverschiedenheiten oder ähnlichen Konflikten.

Die Vereinbarungen, die man in Niedersachsen verfasst hat sind weit weniger allgemein gehalten, sondern behandeln ganz spezifisch die Problematik einer freien Religionsausübung in deutschen Gefängnissen, wobei es vor allem um den Einsatz muslimischer Seelsorger geht.

In den Vereinbarungen wird gewährleistet, dass jeder Insasse, soweit es die Sicherheit zulässt, ein Recht darauf hat mit einem Seelsorger zu sprechen, dementsprechend hat jede JVA die Pflicht den nötigen Kontakt herstellen. Ebenfalls muss gewährleistet sein, dass die Gefangenen Zugang zu den wichtigsten Religiösen Schriften haben und anderen Utensilien zur Religionsausübung.

Durch die Vereinbarung wurden verbindliche Regelungen für muslimische Seelsorger geschaffen, was zuvor nicht der Fall war.

Tatsächlich ist vom Inhalt her, besonders für Bremen und Hamburg, vieles schon zu vorher im Gesetz verankert gewesen. Man könnte die Verträge somit auch als rein symbolisch bezeichnen. Doch es ist von sehr großer Bedeutung, dass man muslimische Verbände als Vertragspartner anerkannt hat.

Allgemein lässt sich sagen, dass die Verträge schwierige Themen, wie die Frage nach einem Kopftuchverbot, umschiffen, um niemanden Schaden zuzufügen. Dennoch können Verträge als Erfolg gewertet werden und beide Vertragsparteien ziehen Nutzen daraus.

Die Verträge bedeuten einen wichtigen Schritt in Richtung einer besseren Integration der Muslime in Deutschland.

Splitter:

Schwarzer Donnerstag – Dritter Jahrestag des Polizeieinsatzes

Zum Dritten Jahrestag des Wasserwerfereinsatzes haben die Stuttgarter Landtagsabgeordneten mit dem damaligen grünen Obmann im Untersuchungsausschuss folgende Stellungnahme abgegeben:

<http://ledeabal.de/aktuelles/schwarzer-donnerstag-bleibt-mahnendes-ereignis>

Lehrerbildung

Die grüne Landtagsfraktion hat diese Eckpunkte zur Lehrerbildung beschlossen. Weitere und konkretere Festlegungen folgen im Herbst

<http://www.gruene-landtag-bw.de/themen-129409/bildung/fraktion-gruene-verstaendigt-sich-auf-eckpunkte-zur-lehrerbildung.html>

EnBW-Untersuchungsausschuss – Ende in Sicht?

Der Untersuchungsausschuss zum EnBW-Deal biegt auf die Zielgerade ein

<http://www.gruene-landtag-bw.de/themen/enbw-deal/enbw-untersuchungsausschuss-ist-auf-der-zielgeraden.html>

Nationalpark – es wird ernst...

Die Landesregierung hat ein Finanzierungskonzept für den Nationalpark entwickelt und den Gesetzentwurf verabschiedet

<http://www.gruene-landtag-bw.de/themen/umwelt-naturschutz/nationalpark-schwarzwald-wird-ein-besuchermagnet.html>

[http://www.mlz.baden-](http://www.mlz.baden-wuerttemberg.de/Landesregierung_verabschiedet_Gesetzentwurf_zur_Errichtung_des_Nationalparks_Schwarzwald/126651.html)

[wuerttemberg.de/Landesregierung_verabschiedet_Gesetzentwurf_zur_Errichtung_des_Nationalparks_Schwarzwald/126651.html](http://www.mlz.baden-wuerttemberg.de/Landesregierung_verabschiedet_Gesetzentwurf_zur_Errichtung_des_Nationalparks_Schwarzwald/126651.html)

Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Für den Ausbau der Verkehrswege fehlt Geld, das betrifft auch unserer lokalen und regionalen Projekte wie den Ausbau der Bundesstraßen und die Regiostadtbahn. Die Landtagsfraktion hofft, dass der neue Bundestag endlich Regelungen für die Finanzierung von Schienennahverkehr über 2019 hinaus sichert. Und wir hoffen, dass sich die Mittelvergabe künftig mehr an Verkehrsbelastung orientiert und weniger an regionalen Förderquoten

<http://www.gruene-landtag-bw.de/themen-129409/verkehr/zu-wenig-geld-fuer-strassen-schienen-und-wasserwege.html>

NSU in Baden-Württemberg

Nach dem Abschluss des NSU-Untersuchungsausschusses in Berlin sind auch für Baden-Württemberg einige Frage noch offen geblieben. Möglicherweise ergeben sich auch neue Erkenntnisse aus dem NSU-Prozess in München. Allerdings sind in Baden-Württemberg die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen und auch die Landtagsfraktion hat nachgebohrt:

http://www9.landtag-bw.de/wp15/drucksachen/3000/15_3557_d.pdf

Flüchtlingspolitik

Übrigens wird jetzt im Herbst auch der Gesetzesentwurf für das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz des Landes Baden-Württemberg in den Landtag eingebracht werden und hoffentlich am 1.1.2014 in Kraft treten

<http://www.gruene-landtag-bw.de/presse/aktuelle-mitteilungen/baden-wuerttemberg-hilft-fluechtlingen.html>



Daniel Lede Abal, MdL

V.i.S.d.P

im Wahlkreisbüro: Nele Schönau

Am Lustnauer Tor 6 • 72074 Tübingen • Tel.: 07071/8895123 • Fax: 07071/8895131 • ledeabal.wk@gruene.landtag-bw.de

im Landtag: Jan Marczona

Konrad-Adenauer-Str.12 • 70173 Stuttgart • Tel.: 0711/2063-652 • Fax: 0711/2063-652 • daniel.ledeabal@gruene.landtag-bw.de

im Netz: www.ledeabal.de